

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

23. März 1968 - 24 / 11
Einzelpreis DM 0.75

SPRINGER-HEARING: JETZT ENDE MAI IN HAMBURG

Das am 9. Februar vertagte Springer-Hearing soll voraussichtlich Ende Mai in Hamburg stattfinden. Das Organisationskomitee will Ende März in Frankfurt die "bisherige Planung mit einem Kreis diskutieren, dessen demokratische Überzeugung wir kennen, und von dem wir Rat und Mithilfe erwarten". Zu dieser Besprechung wurden bekannte Wissenschaftler und Publizisten eingeladen. Auf der Zusammenkunft sollen die Teilnehmer gebeten werden, "einem Kuratorium beizutreten, das für die Zeit bis zur Durchführung des Hearings gebildet wird und die Autorität der Veranstaltung gegenüber der Öffentlichkeit stützen soll".

In einem Rundschreiben des Organisationskomitees an die Eingeladenen heißt es: "Das intensive Zusammenspiel von Regierungsapparat und Springerpresse bei dem Versuch, Anti-Springer-Aktivitäten zu unterdrücken, verbunden mit den ungeheuerlichen Geschichtsfälschungen, welche den Faschismusvorwurf stützen und die Bevölkerung gegen die Studenten aufhetzen sollten, hat die Gefahr, welche der Pressekonzern Springer für eine demokratische Öffentlichkeit darstellt, über Berlin hinaus deutlich gemacht. Auf der Gegendemonstration vom 21. Februar äußerte sich die angeheizte Pogromstimmung in blutigen Schlägereien. Die Kritik an der Springerpresse, die ihr bisher zum Vorwurf machte, über politische Prozesse nicht zu informieren, gesellschaftliche und politische Konflikte durch Verdrängung zu erledigen, kann, konfrontiert mit diesen Beispielen, konkreter werden. Sie erkennt darin die Verdrängung der faschistischen Vergangenheit und begreift die politischen Kampagnen dieser Presse, die Anti-Studenten-Hetze und die Berichterstattung zum Israelkonflikt als die zwangshafte Reproduktion des Verdrängten."

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION: EIGENE FEIER ZUM 1. MAI

Westberlins Außerparlamentarische Opposition wird am 1. Mai 1968 eine eigene Kundgebung unter freiem Himmel durchführen. Das "offizielle" Maikomitee der etablierten Parteien und Gewerkschaften hat es abgelehnt, einen Sprecher der kritischen jungen Generation auf der Maikundgebung vor dem Reichstag zu Wort kommen zu lassen. Die Sozialistische Jugend hatte am 5. März den ehemaligen AStA-Vorsitzenden der FU, Knut Nevermann, als Redner vorgeschlagen. Die Organisationen und Verbände der Außerparlamentarischen Opposition werden in den nächsten Tagen ein eigenes Maikomitee gründen, das die Vorbereitungen für den 1. Mai koordinieren soll. Die Maikundgebung soll Höhepunkt eines Kongresses sein, der sich mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage Westberlins und seiner arbeitenden Bevölkerung beschäftigen wird.

Dem Vernehmen nach wird der prominenteste Redner auf der offiziellen Kundgebung am Reichstag der CDU-Arbeitsminister Katzer sein. Auch keiner der führenden Gewerkschafter aus der Bundesrepublik wird kommen; es heißt, der kaum bekannte Vorsitzende

der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuß werde den DGB vertreten. Wie weiter verlautet, wird die Maikundgebung in diesem Jahr wahrscheinlich letztmalig in der alten Form als "Freiheitskundgebung" stattfinden, da die Forderungen einzelner Gewerkschaften, den traditionellen Feier- und Kampftag der Arbeiterschaft nicht länger als "eine Art Stiftungsfest der harmonisierten Gesellschaft" zu mißbrauchen, immer drängender werden.

Um die offizielle Maifeier zu retten, soll nundoch noch ein prominenter Redner gefunden werden: Das Maikomitee will Martin Luther King (USA) einladen. Es widerlegt damit selbst die Gründe für die Absage an die Sozialistische Jugend, einen Sprecher der jungen Generation einzuladen. Für das Komitee hatte Anneliese Girnatis-Holtz am 20. März ausgeführt, man habe bereits am 31. Januar die endgültige Rednerliste beschlossen und das Komitee sei "aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bereit, den Beschluß zu ändern."

ROWOHLT: VERTRAG MIT SPRINGER NICHT UNTERSCHRIEBEN

Die schon unterschriftreifen Verträge zwischen dem Springer-Konzern und dem Rowohlt-Verlag über die Vorabdruckrechte einer etwa 50 Bände umfassenden sexualwissenschaftlichen Reihe mit dem Titel "Rowohlts Sexologie" sollen nicht abgeschlossen werden. EXTRA-Dienst hatte in Nr. 22/II über diese Vertragsabsicht berichtet mit dem Hinweis, daß Rowohlt den Verleger-Boycott gegen Springer mitunterzeichnet hat und daß Verlagsleiter Raddatz zu den Initiatoren des Anti-Springer-Beschlusses der Gruppe 47 gehört. Die EXTRA-Dienst-Meldung hat von verschiedenen Mitarbeitern des Verlags scharfe Proteste hervorgerufen. Prof. Hans Giese, Leiter des Hamburger Instituts für Sexualforschung und Betreuer der Rowohlt-Reihe, ließ uns mitteilen, daß er nicht mehr als Mitglied des Beirats von Springers "Eltern" und nicht als Berater der Zeitschrift "Jasmin" (die ihn als Mitarbeiter des "Jasmin"-Lexikons aufführte) arbeite. Weiter bestätigt Professor Giese, daß ein pauschaler Vorabdruckvertrag mit dem Springer-Konzern nicht abgeschlossen wird. Mit einem Rundschreiben sollen jetzt zahlreiche aufgebrachte Mitarbeiter beruhigt werden.

FILMPREIS-VERSTEIGERUNG: TAUSEND EINLADUNGEN VERSCHICKT

Rund 1000 Einladungen verteilte der Westberliner Republikanische Club für die am Sonnabend, 23. März, ab 22 Uhr in den RC-Räumen stattfindende Versteigerung des "Bundesfilmpreises in Gold 1965". Der in die DDR übergesiedelte Filmpreisträger Wolfgang Kieling übergab den Preis an den RC mit der Maßgabe, ihn zu Gunsten der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams zu versteigern. Auktionär wird der Hannoveraner Kabarettist Dietrich Kittner sein.

POLIZEI KONTRA SPRINGER-PRESSE: KEINE SCHLÄGE FÜR BRANDT UND WEHNER

Gänzlich verfälscht wurden die Ereignisse zur Eröffnung des Nürnberger Parteitags in der Öffentlichkeit, insbesondere in der Springer-Presse, dargestellt. Wie die Nürnberger Polizei inzwischen mitgeteilt hat, sind Willy Brandt und Herbert Wehner nicht geschlagen worden, sondern lediglich durch das starke Gedränge vor der Meistersingerhalle selbst in Bedrängnis geraten. Diese Richtigstellung der Polizei wurde in fast allen Springer-Zeitungen überhaupt nicht erwähnt.

Der Nürnberger Republikanische Club, der zusammen mit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung die Kundgebung auf dem Platz der Opfer des Faschismus veranstaltet hatte, warnte bereits vor der Veranstaltung davor, die mißliebige Kundgebung parteipolitisch gegen die inner- und außerparteiliche Opposition auszunutzen. Am 15. März, 18 Uhr, gab der RC folgende Erklärung ab:

"Die hysterische Reaktion der Parteiorganisationen auf die angekündigte friedliche Kundgebung und die beabsichtigte Diskussion mit den Delegierten zeigt, wie sehr die Sprecher der SPD eine demokratische Auseinandersetzung fürchten und wie wenig Sinn sie für grundsätzliche Fragen der Demokratie haben. Wenn auf Einflußnahme der SPD hin der

Versuch unternommen wurde, den Kundgebungsort zu verweigern, wenn der fränkische Bezirkssekretär Heinz Schmude aus verkehrstechnischen Gründen Bedenken seiner Partei gegen Demonstrationen anmeldet und Unterbezirkssekretär Rolph Mader einen Antrag angekündigt hat, der die gleichzeitige Mitgliedschaft im Republikanischen Club und in der SPD ausschließt, werden die wahren Gründe offensichtlich.

Die gleiche Tendenz zeigen die vom Polizeipräsidium, anderen Stellen der Stadt und SPD-Sprechern angekündigten 'radikalen Aktionen', 'Zusammenstöße' und 'Schlägereien', die von Demonstranten geplant seien. Diese Zweckmeldungen will man augenscheinlich als Alibi verwenden, falls es wirklich zu massivem Polizeieinsatz kommt.

Der Republikanische Club hat der Stadt mitgeteilt, daß eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht beabsichtigt ist. Transparente, Sprechchöre und Diskussionen sind friedliche Mittel, die der demokratischen Auseinandersetzung dienen. Der Republikanische Club hat der Stadt empfohlen, das Polizeiaufgebot möglichst klein zu halten und auf die Verkehrsregelung zu beschränken. Entgegen anderslautenden Mitteilungen stellt der Republikanische Club ausdrücklich fest, daß die gesamten Polizeikräfte Nürnbergs am Wochenende Urlaubssperre haben und zum Einsatz bereit stehen. Diese Maßnahme bedeutet eine erhebliche Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Der Republikanische Club bekundet den um ihre Freizeit gekommenen Polizeibeamten ausdrücklich seine Sympathie. Wie die Erfahrung gezeigt hat, werden Zusammenstöße fast immer durch erregte Einsatzleiter ausgelöst, deren Denken in alttümlichen Bürgerkriegsvorstellungen befangen ist."

Zwei Stunden später veröffentlichte der RC am 15. März eine Zusatzklärung:

"Der Republikanische Club protestiert aufs Schärfste gegen die Errichtung von Stacheldrahtsperrern am Ort der geplanten Kundgebung (Platz der Opfer des Faschismus) und die Bereitstellung zweier Hundertschaften der Bereitschaftspolizei. Es verdichtet sich der Eindruck, daß von Seiten der Nürnberger Polizeiführung unüberlegte Schritte während und nach der Kundgebung zu erwarten sind."

Unmittelbar nach den Zwischenfällen vor der Meistersingerhalle stellte der Republikanische Club fest:

"Das heutige Verhalten der SPD-Parteiorganisation gegenüber den Kundgebungsteilnehmern hat erneut gezeigt, wie sehr die Führung der SPD eine demokratische Auseinandersetzung scheut. Sämtliche Versuche, die Delegierten zu einer sachlichen Diskussion zu bewegen, schlugen fehl. Weder erklärte sich ein SPD-Sprecher bereit, auf der Kundgebung des Kuratoriums Notstand der Demokratie aufzutreten, noch wurden Delegationen, bestehend aus SPD- und SHB-Mitgliedern, vorgelassen. Ein Funktionär der SPD (Mitglied von Gemeinderat, Kreisvorstand, Ortsvorstand), der zu den geladenen Gästen gehörte, wurde während eines Gesprächs mit Delegierten von Parteitags-Ordnern getreten und an den Haaren aus der Meistersingerhalle gezerrt. Der Funktionär stellte Strafantrag.

Ein Grund für die mangelnde Bereitschaft zum Gespräch ist u. a. in einem Präsidiumsbeschuß zu sehen, der dem Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt verbot, mit der ausserparlamentarischen Opposition zu diskutieren. Hätte sich die SPD ähnlich verhalten wie die FDP auf ihrem Freiburger Parteitag, wäre es nicht zu den spontanen Unmutsäußerungen nach Ende der Kundgebung und zu dem Demonstrationszug in die Nürnberger Innenstadt gekommen. Einige nicht zu verantwortende gewalttätige Zwischenfälle wurden wie inzwischen festgestellt werden konnte - von NPD-Provokateuren verursacht.

Der Republikanische Club bedauert, daß es zu Übergriffen sowohl einzelner Polizeibeamter, als auch seitens einzelner Demonstranten kam. Die gewaltlose Haltung der überwiegenden Mehrheit der Demonstranten wird dokumentiert durch die sofortige Spendenaktion zu Gunsten eines durch Salmiakgeist verletzten Beamten. Als mit den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaats unvereinbar muß es bezeichnet werden, wenn bei De-

EXTRA - Dienst Nummer 24/II hat eine verbreitete Auflage von 3 600 Exemplaren

monstrationen, wie sie heute stattfanden, politische Polizei und Verfassungsschutz sich unter die Kundgebungsteilnehmer mischen und zur Tarnung sogar mit Transparenten auftreten."

US-OBERKOMMANDO EUROPA: 1968 JAHR DER DEMONSTRATIONEN

In einer Ansprache an die amerikanischen Streitkräfte, die AFN am Donnerstagabend ausstrahlte, hat der Oberkommandierende der US-Army in Europa, James H. Polk, die Vermutung geäußert, daß "1968 sehr wohl das Jahr der Demonstrationen werden könnte, in den USA ebenso wie hier." Zuhause und im Ausland verschafften sich immer mehr Leute Gehör, "die unseren nationalen Zielen und Anstrengungen Widerstand entgegensetzten und versuchen, unsere Aufgaben schwieriger zu machen." Polk ermahnte die Soldaten, Demonstrationen zu meiden, um unnötiges Aufsehen zu verhindern. Der Schutz der amerikanischen Siedlungen sei Aufgabe der deutschen Polizei und solle ihr überlassen bleiben. "Unsere Militärpolizei arbeitet eng mit den deutschen Stellen zusammen... Ich vertraue völlig darauf, daß die deutsche Polizei unsere Rechte schützen wird."

WESTBERLIN: LINKER ORDNERDIENST KONSTITUIERT

Die vom EXTRA-Dienst zur Diskussion gestellte "Miliz" wurde in der vergangenen Woche nach eingehenden Besprechungen als "Ordnerdienst" gegründet. Dem "Od" gehören inzwischen rund 120 Mitglieder verschiedener Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition an. Der "Od" ist nicht uniformiert. Die Organisation, heißt es im Richtlinienentwurf, "erfolgt unter von Vertrauensleuten gewählter zentraler Leitung in 10er-Gruppen, die von je einem Vertrauensmann geführt werden. Der "Od" tritt geschlossen und diszipliniert auf. Der Einsatz des Od ist erst nach Zustimmung des Veranstalters und Absprache aller Vertrauensleute möglich. Jeder Ordner ist für sein Verhalten selbst verantwortlich. Fehlverhalten wird kameradschaftlich diszipliniert. In besonderen Fällen ist Ausschluß aus dem Od möglich." Die Aufgaben des Ordnerdienstes werden so qualifiziert: "Verhinderung von Zwischenfällen (Schlägereien), Feststellen der Schläger und nach Möglichkeit Übergabe an die Polizei, Einleitung von Strafverfahren durch Abgabe von Anzeigen, im Falle erhöhter Gefährdung der Sicherheit der Demonstranten Anwendung körperlicher Gewalt unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel." Der Ordnerdienst hat die Ausbildung seiner Mitglieder in Judo aufgenommen. An den Lehrgängen nehmen jeweils 30 Mann teil.

CAMBRIDGE-STUDENTEN: DEMONSTRANTEN FÜR BESSERES AMERIKA

86 Studenten der Cambridge-Universität in Massachusetts, USA, haben dem "lieben Herrn. Regierenden Bürgermeister", Klaus Schütz, einen Brief geschrieben, in dem sie ihn wegen seines "Patronats über die sogenannte pro-amerikanische Kundgebung" des 21. Februar kritisieren. Sie wiesen ihn darauf hin, daß amerikanische Zeitungen sehr wohl vermerkt hätten, welches Durchschnittsalter die Kundgebungsteilnehmer der Vietnam- und die Teilnehmer an der Senatskundgebung gehabt haben; sie seien nur "zu taktvoll" gewesen, das auch noch zu kommentieren. Die Studenten: "Möglicherweise ist die Bewunderung der Gegendemonstranten für die gegenwärtige amerikanische Politik nicht viel anders als die Bewunderung für die Politik in ihrem eigenen Land vor 25 Jahren..." Und weiter: "Es sind die Berliner Studenten, die treue Freunde Amerikas sind, denn sie differenzieren, was gut ist an dieser Politik und was nicht. Wir hoffen, Sie wissen das zu schätzen."

SPRINGER-MONOPOL: GROSSIST MACHTE SICH SELBSTÄNDIG

Anläßlich einer Diskussion von 200 Verlegern, Journalisten und Zeitschriftenhändlern in Köln auf Einladung des Buchhändlers Ludwig teilte ein Dortmunder Zeitungsgrossist mit, das Haus Springer boykottiere ihn. Der Grossist verkauft in seinen Zeitungskiosken neuerdings Milch und ist damit auf den Zeitungserverkauf nicht mehr allein angewiesen; das Haus Springer habe ihm daraufhin ohne Begründung den Vertrieb aller Erzeugnisse des Konzerns entzogen. Andere Grossisten erklärten, das Haus Springer "fördere" den Verkauf seiner Erzeugnisse mit ungewöhnlichen Maßnahmen. Beispielsweise könnten von der

angelieferten Springer-Funkzeitschrift "Hör zu" nur fünf Prozent als Remission zurückgegeben werden; der Rest müsse abgerechnet werden, ob er verkauft worden sei oder nicht. Das "fördere" den "Ehrgeiz" der Händler, auch die letzte "Hör zu" an den Mann zu bringen, um keine Verluste zu erleiden.

PH HAGEN: POLITISCHE POLIZEI SUCHT NACH SDS

Die sozialdemokratische "Westfälische Rundschau" berichtet über "Befragungsaktionen" der Politischen Polizei auch an der Pädagogischen Hochschule dieser Ruhrgebietsstadt. Auf der Suche nach einem SDS-Flugblatt drangen drei Beamte des 14. Kommissariats ohne Verständigung des Rektors in die Hochschule ein und befragten Studenten nach ihrer Zugehörigkeit zu politischen Hochschulgruppen, vor allem nach der zum SDS. Rektor Bethlehem kündigte an, er werde den Vorfall im Senat der PHs der Bundesrepublik zur Sprache bringen; unter den Studenten herrsche "erhebliche Unruhe". Hagens Polizeipräsident Dr. Rückert: Man habe aus der Aktion gelernt und werde "in Zukunft noch mimosenhafter vorgehen."

SDS: UM DAS VERHÄLTNIS ZUM PARLAMENTARISMUS

Auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz vom 29. bis zum 31. März will der Sozialistische Deutsche Studentenbund in Frankfurt die "politisch-praktischen Konsequenzen aus einer Analyse der Aushöhlung des westdeutschen Parlamentarismus" ziehen. Die Frage einer Beteiligung am Wahlkampf 1969 wird dabei als eine Möglichkeit der Ausweitung der außerparlamentarischen Opposition diskutiert werden. Im SDS, heißt es in einer Erklärung, sei man sich darüber klar, daß die Entsendung parlamentarischer Vertreter nicht Ziel einer Wahlaktion sein könne, sondern "der Protest und der Widerstand gegen die Umfunktionierung der Wahl zur Entmündigung der Bürger". - Helmut Schauer, Mit-herausgeber der "Neuen Kritik", hat in einem inner- und außerhalb des SDS vielbeachteten Diskussionsbeitrag gefordert, daß der "lange Marsch durch die Institutionen nicht vor dem Parlament haltmachen darf". Nur die "Wahlbeteiligung linker Oppositionskandidaten könnte die diffuse Mißstimmung gleichwohl auf 'Bonn' fixierter breiter Wählergruppen strukturieren und politisch bewußt machen. Diese formal mit den etablierten Parteien konkurrierende Aktion würde diese zugleich von links unter Druck setzen".

BERLINER STIMME: LESERBRIEF ZURÜCKGEZOGEN

Dr. Eberhard Sommer, Ex-Assistent der SPD-Bundestagsfraktion, hat einen Leserbrief bei der SPD-offiziellen "Berliner Stimme" zurückgezogen. In seinem Beitrag hatte er für die Anerkennung der DDR plädiert; der Beitrag sollte ursprünglich nicht erscheinen, inzwischen hatte sich die Redaktion - Landesvorstandsmitglied Heyen - zur Veröffentlichung durchgerungen. Sommer unter Hinweis auf den Ausschluß Gerull's aus der Westberliner SPD: "Nachdem der Abdruck eines Leserbriefes in der "Stimme" zu einem Sofortausschluß geführt hat, dem Sie als Mitglied des Landesvorstandes selbst mit zugestimmt haben, sehe ich in der "Stimme" gegenwärtig nicht mehr das publizistische Organ für die innerparteiliche Diskussion. Solange die "Stimme" nur Sprachrohr einer bestimmten Parteirichtung ist und sich als "Falle" für andere Meinungen erweist, lege ich auf eine Veröffentlichung meines Beitrages keinen Wert".

CA IRA BADEN-BADEN: EINSTWEILIGE VERFÜGUNG VON SCHLAPPER

Rache für seine Niederlage gegen Baden-Badener Schüler und Studenten, die ihm durch eine Einstweilige Verfügung den weiteren Gebrauch der Schimpfwörter "Flegel", "Rabauken" und "Kirchenschänder" untersagt hatten, nahm jetzt Baden-Badens Oberbürgermeister Ernst Schlapper. Gegen die im Februar erstmals erschienene USG-Wandzeitung "Ca Ira" erstritt er seinerseits eine Einstweilige Verfügung. Darin wird den Schüler-Redakteuren verboten, Schlapper als Gerippe darzustellen, das auf dem Becken die Aufschrift "Do it yourself" trägt. Die letzten 80 von 1000 Exemplaren der Wandzeitung wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Sie enthielten u. a. auch das Schlapper-Zitat: "Ich habe in jeder Situation jede sich mir bietende Gelegenheit benutzt, mich meiner jeweiligen Lage anzupassen bzw. sie zu verbessern."

FRANKFURTER BUCHMESSE: PARAGRAPHEN GEGEN DEMONSTRATIONEN

Geänderte Teilnahmebedingungen, denen "die Erfahrungen von 1967 zugrundeliegen" (Messe-Direktor Taubert), stellt die Frankfurter Buchmesse in diesem Jahr vor. Damit soll der Vertrieb von "Enteignet-Springer"-Plaketten und eine Wiederholung der Braunbuch-Affäre vermieden werden. Paragraph 4: "Auf der Frankfurter Buchmesse dürfen nur Gegenstände des Buchhandels gezeigt werden. Ist die Verbreitung eines Werkes durch einen vollstreckbaren Titel verboten, der von einem Gericht in der Bundesrepublik Deutschland erlassen oder dessen Vollstreckung gemäß § 722 ZPO für zulässig erklärt worden ist, so darf es nicht ausgestellt werden." § 6 richtet sich gegen Demonstrationen, an denen im Vorjahr auch Angehörige der ausstellenden Firmen teilgenommen hatten: "Handlungen und Verhaltensweisen jeder Art, die geeignet sind, andere Aussteller zu behindern oder zu belästigen, sind unzulässig." Zuwiderhandlungen können mit Ausschluß von der Messeleitung geahndet werden. Nach Auskunft des Börsenvereins sind Griechenland und Südafrika, vor deren Ständen es im vergangenen Jahr zu Demonstrationen gekommen war, auch diesmal wieder eingeladen worden. Südafrika hat bereits zugesagt.

HINWEISE DER REDAKTION

BORIS VIANS Theaterstück "Alle in die Grube" bringt das Ensemble Diogenes heraus. Die Uraufführung findet am 23. März, 20 Uhr, in der Akademie der Künste statt. Weitere Aufführungen sind für den 24., 27., 28., 29. und 30. März geplant.

ZAHLREICHE ANFRAGEN gehen bei der Redaktion ein, die die Modalitäten einer Spende für die Südvietnamesische Befreiungsfront kennenlernen wollen. Bei der Westberliner Niederlassung der Bank für Gemeinwirtschaft besteht das Konto "100 000 für Vietnam", Kontonummer 4936; die dort eingehenden Summen werden direkt an die FNL übergeben.

ICH LIEBE POLIZISTEN, die Plakette mit Herz, ist in einer höheren Auflage beim EXTRA-Dienst eingetroffen und wieder erhältlich.

EXTRA-DOKUMENTATION

KOHOOUT: BÜRGER SOLLEN AN DEN NEUEN WEG GLAUBEN

EXTRA-Dienst dokumentiert in dieser Ausgabe zwei Aussagen aus jenen beiden sozialistischen Ländern, die in diesen Tagen die Spalten der Weltpresse füllten. Auf Seite 8 bis 12 eine Rede Gomulkas, nachstehend ein Interview, das der CSSR-Schriftsteller Pavel Kohout dem "Kölner Stadtanzeiger"-Redakteur Christian Schmidt-Häuer gab. Der Kölner Journalist sprach den 39jährigen Schriftsteller während einer KP-Konferenz im Prager Lucerna-Haus. Der Nachdruck erscheint mit freundlicher Genehmigung des "Kölner Stadtanzeigers".

Frage: An welcher Marke befindet sich der neue Weg, Pavel Kohout?

Antwort: Wir sind zwischen der dritten und vierten Etappe. Die erste Etappe begann mit dem Eingehen des Zentralkomitees auf den kritischen Weg, den die Schriftsteller und Studenten schon vorher bereitet hatten. Die zweite Etappe war die der Gegenoffensive, als die Konservativen vor allem auf der mittleren Ebene richtig begriffen, in welcher Gefahr sie sich befanden. Die dritte Etappe ist eine traurige: die der Demissionen und Selbstmorde...

Frage: Sie sprechen im Plural?

Antwort: Ja, ich befürchte fast, daß der eine Selbstmord (ein führender General erschöß sich, d. Red.) nicht der letzte war. Es ist eine traurige Etappe, wie gesagt. Die vierte Etappe, und an ihrem Anfang befinden wir uns auch schon, ist die, in der die neuen Gedanken allgemein Konjunktur haben. Es werden auf dieser Konjunkturwelle plötzlich viele reiten, die bisher nicht dazu gehören, so daß die Unterscheidung schwerfällt. Die fünfte Etappe wird die wichtigste sein: Wenn die jetzige Diskussion zur praktischen Anwendung,

zu Ergebnissen führen muß, damit unsere heutigen politischen Wegführer nicht in fünf Jahren dieselbe Rolle spielen wie die bisherigen.

Frage: Wie wollen Sie die jahrelang verbitterten und dem neuen Weg mißtrauischen Bürger gewinnen?

Antwort: Wir müssen die jetzigen Phasen der freien Diskussion ständig fortsetzen, damit auch diese Bürger weniger skeptisch werden und beginnen, an den neuen Weg zu glauben. Wir müssen uns schon Tage im voraus auf die Wendungen einrichten, die die Diskussion in Zukunft nehmen wird. Wir müssen schon heute mit den politischen Führern über die Kreuzwege von morgen sehr deutlich reden - und wir tun es bereits. Ich habe schon am vergangenen Mittwoch auf der Jugendveranstaltung den Politikern gesagt: 'Wenn ihr das alte Spiel wiederholt, werden wir Schriftsteller euch genauso begegnen wie euren Vorgängern.'

Frage: Nun mißt ein großer Teil der Bevölkerung, wie man in vielen Gesprächen mit dem Mann auf der Straße feststellt, die Regierung weniger am Maß der Freiheit, sondern am wirtschaftlichen Entscheidungsspielraum oder sogar am Konsum, den sie den Bürgern einräumt. Und hier steht es angesichts der nicht so schnell zu kurierenden Wirtschaftsmisere auch beim besten Willen schlecht um die Chancen der Regierung.

Antwort: Ja, da machen wir uns keine Illusionen. Das Ideal wäre natürlich beides: ein hoher Lebensstandard und Freiheit. Aber da wir vorerst nur eines von beiden erreichen können, müssen wir das eine voll zu verwirklichen suchen: Freiheit. Immerhin befinden wir uns jetzt ganz in den Händen der Wirtschaftler. Die Politiker wissen jetzt recht gut, daß die Wirtschaftler ihre entscheidende Chance sind.

Frage: Und die nächste Generation, die Jugend? Wird ihr einer Teil gewonnen und der andere weiterhin zu so eindrucksvoller Mäßigung bewogen werden können wie bisher?

Antwort: Diese Generation hatten wir schon fast verloren gehabt. Sie kann noch gewonnen werden, wenn ihr glaubhaft gemacht wird, daß sich keinesfalls wiederholt, was sie erlebt hat. Wichtig für ihre Bereitschaft wäre es auch, wenn die westeuropäischen Staaten mit ernsthafter Anteilnahme das beurteilen, was hier geschieht. Sehen Sie, die meisten Jugendlichen wissen bei uns zum Teil nicht einmal, daß es in Westdeutschland eine außerparlamentarische Opposition gibt. Sie verabsolutieren wieder allzu unkritisch den Parlamentarismus, ohne zu sagen, daß auch gegen seine Mängel neue Formen gesucht werden. Aber ich bewundere die 20jährigen, die sich schon am letzten Mittwoch nicht zu ausufernden Demonstrationen hinreißen ließen. Das wäre die beste Hilfe für die Konservativen gewesen.

Frage: Pavel Kohout, ist die Gefahr vorüber, daß das Schneeballsystem dieser Entwicklung - Schriftsteller, Studenten, Politiker, politisch interessierte Bürger - allzusehr zur nicht mehr aufhaltbaren, alles umreißenen Lawine wird?

Antwort: Diese Gefahr ist noch nicht gebannt. Wir, die Schriftsteller, können nur immer wieder ethische Appelle an alle richten. Und wir müssen die Diskussion mit den Konservativen um Novotny nicht im alten, sondern in einem neuen fairen Stil führen, damit auf keiner Seite jene hervorkommen, die bis zuletzt im Keller sitzen, aber dann mit der größten Brutalität Blut sehen wollen. Wir müssen versuchen, daß wir mit unserem Parteiprogramm als erste wirkliche Alternativen anbieten. Sehen Sie, auch die Sozialistische Partei könnte jetzt in kürzester Zeit 300 000 Mitglieder haben, wenn sie es verstünde, die richtige Reklame zu machen.

Frage: Bleiben Sie Schriftsteller oder werden Sie jetzt ganz zum Politiker?

Antwort: Ich bin jetzt Wahlkämpfer wie Günter Graß. Ich kann nur ständiger Mahner sein für die Grundfragen der innerparteilichen Demokratie - praktischer mich betätigen kann ich nicht. Zum Schreiben komme ich jetzt nicht. Vorgestern waren Ludwig Vaculik und ich mit dem Tonband zu einem Interview beim Staatssicherheitsdienst. Heute war der Vizekommandant jener Polizisten da, die die Studenten verprügelt haben. Er will mich zu einer Kundgebung haben, denn die Polizisten sind heute einfach nicht mehr existent. Viele junge Leute wollen dort nicht mehr mitmachen. Aber sie müssen ja wenigstens als Verkehrspolizisten dasein. Man wünscht sich von uns inzwischen schon, daß wir hohe Parteifunktionen annehmen. Aber das kommt für mich nicht in Frage. Wir müssen uns vielmehr heute darauf vorbereiten, in drei bis fünf Jahren möglicherweise erneut Widerstand für die Freiheit zu sein. Ohne permanente Gesellschaftskritik geht es nicht.

GOMULKA: DIE HINTERGRÜNDE DER WARSCHAUER REBELLION

Der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, gab in einer Rede vor dem Warschauer Parteiaktiv eine offizielle Stellungnahme zu den Warschauer Studentenunruhen ab, aus der wir auszugsweise dokumentieren. Über die Warschauer Vorgänge und über ihre Hintergründe herrscht weitgehend Unkenntnis. Offenbar werden sie auch verzerrt dargestellt. Diesen einseitigen westlichen Reportagen und Kommentaren soll daher die andere - einseitige - Darstellung gegenübergestellt werden. Die Übersetzung des Gomulka-Textes stammt von der ostdeutschen Nachrichtenagentur ADN.

Bei den Ereignissen, die in unserem Land stattfanden, verläuft die Trennungslinie zwischen dem Sozialismus und der Reaktion, zwischen der Politik der Freundschaft und des polnisch-sowjetischen Bündnisses und der anti-sowjetischen Politik der Bankrotteure und reaktionären Überreste, zwischen der Politik, die Polen seine Grenzen und seine allseitige Entwicklung garantiert und dem Bemühen, Polen auf den Weg des Untergangs zu führen. Der grundlegende Unterschied zwischen den Resolutionen der Studenten und den Resolutionen der Arbeiter besteht darin, daß die Arbeiter sofort diese Trennungslinie erkannten, während ein Teil der Studenten sich von einer Gruppe reaktionärer, anti-sowjetischer Individuen in die Irre führen ließ.

Die Sache ging so weit, daß sie sich in ihrer ganzen Breite vor der Öffentlichkeit abspielen mußte. Nichts darf verschwiegen werden. Wir haben übrigens auch keinen Grund, vor der öffentlichen Untersuchung der politischen Erscheinungen zurückzuschrecken. Im Gegenteil, es ist unsere Pflicht und es ist natürlich, daß diese Ereignisse in der Öffentlichkeit behandelt, einer breiten Analyse, Diskussion und Kritik unterzogen werden.

Die Führung der Partei, in deren Namen ich hier spreche, kann heute noch nicht alle Probleme, die sich zu einem Ganzen zusammenfügen, anschnitten, geschweige denn lösen. Dazu braucht man Zeit, eine tiefgehende Analyse der Erscheinungen. Wir werden das sicher im Rahmen der Vorbereitungen zum V. Parteitag tun. Aber beginnen muß man damit schon heute, wenn auch in bescheidenem Maße, wenn es darum geht, menschliches Verhalten zu beleuchten.

Wir wollen vor allem der Öffentlichkeit zeigen, wie diese Ereignisse begannen. Ich werde mit Fakten und Dokumenten operieren. Ich will chronologisch vorgehen und den Hauptinhalt der Resolution zitieren, die auf der Versammlung des Warschauer Zweigs des Polnischen Schriftstellerverbands mit Stimmenmehrheit angenommen wurde: „Die am 29. Februar 1968 auf der Außerordentlichen Vollversammlung versammelten Schriftsteller erklären, tief bewegt vom Verbot weiterer Aufführungen der ‚Dziady‘ Mickiewiczs im Nationaltheater, das folgende: ‚Seit einiger Zeit mehr und verstärkt sich die Beeinflussung der kulturellen Tätigkeit und der künstlerischen Arbeit von

seiten der entsprechenden vorgesetzten Behörden. Die Beeinflussung betrifft nicht nur den Inhalt literarischer Werke, sondern auch deren Verbreitung und Aufnahme durch die Öffentlichkeit.

Dieser Stand der Dinge gefährdet die Nationalkultur, hemmt ihre Entwicklung, nimmt ihr authentischen Charakter und verurteilt sie zur Unfruchtbarkeit. Das Verbot der ‚Dziady‘ ist ein besonders treffendes Beispiel dafür.“

Die Resolution schließt mit der Forderung, die „Dziady“ wieder freizugeben. Von den 431 Personen, die an der Versammlung teilnahmen, beteiligten sich an der Abstimmung nur 358. Für diese Resolution stimmten 221 Personen, für die von der Parteio rganisation eingebrachte Resolution 124.

So wurde also übereinstimmend mit dem in dieser Resolution bestimmten Standpunkt das Verbot der Aufführung der „Dziady“ in der Inszenierung von Kazimierz Dejmek zu einem treffenden Beispiel all der Haupttendenzen, die angeblich seit Jahren das Gewissen der Partei und der staatlichen Stellen belasten, die die Kulturarbeit leiten. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, deswegen eine öffentliche Beichte abzulegen, dieses „besonders treffende Beispiel“ der Vergewaltigung und Hemmung der Entwicklung der Nationalkultur zu erläutern.

Legen wir dabei die Fakten, die Wahrheit, zugrunde.

Im Nachkriegszeitraum erschienen die Werke Mickiewiczs in einer Gesamtauflage von über 9 Millionen Exemplaren. Im vergangenen Jahr erschien der dritte Teil der „Dziady“ in einer Auflage von 150 000 Exemplaren, für dieses Jahr sind vier Titel von Mickiewicz in einer Gesamtauflage von 400 000 Exemplaren vorgesehen.

Um das Theaterstück „Dziady“ von Mickiewicz gut aufzunehmen, besonders in der Inszenierung von Dejmek, muß man sich in diese Epoche hinein-fühlen, muß man die Vergangenheit von der Gegenwart nicht nur zu trennen verstehen, sondern vor allem auch trennen wollen. Eine gewaltige Rolle dabei spielt der Regisseur, die Inszenierung, eine große suggestive Kraft besitzt auch das Spiel der Schauspieler. Davon hängt es z. B. ab, ob die Verse in der „Dziady“, wie sie auf der Bühne des Nationaltheaters gesprochen wurden, richtig oder falsch ver-

standen werden: „Ich soll frei sein - jawohl, ich weiß nicht, woher die Kunde kam, aber ich weiß, was das heißt, frei zu sein von der Hand des Moskauers,

die Schurken nehmen mir nur die Fesseln von den Händen und Füßen und legen sie der Seele an . . .“

Oder die Worte eines russischen Offiziers an den Dekabristen Bestusew:

„ . . . Kein Wunder, daß sie uns hier verfluchen, geht es doch schon ein Jahrhundert lang, daß sie von Moskau nach Polen herüber nur eine Flut von Lumpengesindel senden.“

Besonders diese Stellen, entsprechend bühnengerecht gemacht, wurden von einem Teil der Zuschauer mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Die dauernde Wiederholung dieser politischen Demonstrationen mußte mit der Absetzung der „Dziady“ vom Spielplan enden. Es konnte nicht gestattet werden, daß im Namen einer abstrakten Freiheit und nach Belieben der Inszenierung die antizwaristische Aussage des Stückes „Dziady“ in eine anti-sowjetische Waffe verwandelt wird.

Der Versuch, die Poesie von Mickiewicz, die aus dem Kampf der patriotischen Jugend gegen die zaristische Unterdrückung geboren wurde, zur Verleumdung von Volkspolen auszunutzen, ist ein politischer Betrug, denn er entstellt den zutiefst demokratischen und fortschrittlichen Inhalt des Schaffens von Mickiewicz. Mickiewicz war nicht ein Banner der Reaktion und wird es auch nicht sein. Von der Epoche, in der er seine Werke schuf, trennt uns nicht nur die Zeit von knapp 150 Jahren.

Uns trennt davon die Große Oktoberrevolution, die die zaristische Unterdrückung stürzte und Polen die Unabhängigkeit brachte. Uns trennt davon der Große Befreiungskrieg gegen den deutschen Faschismus, in dem nur auf unserem Boden und für unsere Freiheit und Unabhängigkeit fast 600 000 sowjetische Soldaten ihr Leben ließen. Und wenn der Geist von Mickiewicz in unserer Zeit einen ebenbürtig großen Interpreten fände, wäre er bestimmt zu einem unsterblichen Heldengedicht über jene inspiriert worden, die mit ihrem Leben und ihrem auf dem polnischen Boden vergossenen Blute das polnische Volk vor der faschistischen Vernichtung bewahrten.

Heute, da das Bündnis mit der Sowjetunion, die Freundschaft mit den wiedererstandenen sozialistischen russischen Volke das Fundament für Sicherheit, Unabhängigkeit und Entwicklung Polens ist und bleibt, ist es unsere Pflicht, ohne die Geschichte zu entstellen — wir haben auch dazu keinen Grund —, die alten Überreste im Denken und die für immer vergangenen Gegensätze auszurotten und sie nicht zu verstärken. So lautet der Auftrag des Patriotismus und Internationalismus — zwei Merkmale, die zu den schönsten Traditionen des polnischen Volkes und der polnischen Arbeiterklasse gehören.

Selnerzeit war auch Mickiewicz ein Patriot und Internationalist.

Wir sind niemals damit einverstanden, daß Mickiewicz zur Fahne der antisowjetischen Demonstrationen gemacht wird.

Die letzte Aufführung der „Dziady“ fand am 30. Januar 1968 statt und schloß mit einer feindlich gesinnten politischen Demonstration im Nationaltheater und dann später auf den Straßen der Stadt, an der eine Gruppe von Studenten teilnahm.

Aus dem, was ich gesagt habe, könnte man meinen, daß die Absetzung der „Dziady“ in der Inszenierung von Dejmek vom Spielplan die Grundlage für die Einberufung der außerordentlichen Wahlversammlung des Warschauer Kreises des Polnischen Schriftstellerverbandes, auf dem der Zyklus der späteren Ereignisse eingeleitet wurde, war. In Wirklichkeit verhält sich die Angelegenheit ganz anders. Die Absetzung der „Dziady“ diente nur den verschiedenen rückschrittlichen und der VR Polen feindlich gesinnten Kräften als Vorwand für ihre schmutzigen Maßnahmen.

Die dort gefaßte Resolution zeugt nicht nur und nicht so sehr von den Absichten der Organisatoren der Versammlung des Warschauer Kreises des Polnischen Schriftstellerverbandes, sondern vor allem der Verlauf der Versammlung, der Inhalt einer Reihe von Reden, die dort gehalten wurden. Den Inspiratoren der Wahlversammlung der Schriftsteller der Hauptstadt ging es keineswegs darum, in der Absetzung der „Dziady“ Klarheit zu erhalten; ihnen ging es um die Organisation von Demonstrationen der Schriftsteller, um die Entfesselung einer Atmosphäre der Erregung und Unruhe und darum, diese in die Öffentlichkeit zu tragen. Es ging ihnen um die Entfesselung des Kampfes gegen die Führung unserer Partei, gegen die Regierung, gegen die Volksmacht. Diese ihre reaktionären Ziele verhüllten sie mit der betrügerischen Losung für die Verteidigung der nationalen Kultur.

Den Verlauf der Versammlung der Schriftsteller Warschaus wird man der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben müssen. Die Atmosphäre dieser Versammlung, ihr politischer Ausklang werden am besten durch die Rede Kisielewskis wiedergegeben. Für jeden, der die Namen, die Tätigkeit, politische Haltung der Menschen kennt, die Kisielewski in seiner Rede erwähnte, ist es klar, daß sein Ideal die Restaurierung des bürgerlichen, antisowjetischen Polens ist. Die Schriftsteller Warschaus nahmen diese Rede ruhig auf. Es ist kaum zu fassen, daß Kisielewski vor ihrem Angesicht, unter ihrer Teilnahme die Werke von Adolf Nowaczynskis zu den Werken der polnischen Kultur zählte. Dieser nationaldemokratische Schriftsteller ist nämlich der führende Anti-

semit der Zwischenkriegszeit, der wildeste Judenhasser. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen gab er eine Reihe von Büchern über den Kampf gegen die Juden heraus.

Sicher haben nicht wenige derer, die für die Resolution Jasienicás, Kijowskis und Konsorten, die die Kulturpolitik des Staates anschwärzt und verleumdet, stimmten, die Subventionen genutzt, die der Staat dem Schriftstellerverband zukommen läßt. Diese Zuwendungen und Subventionen werden durch die Arbeit des Volkes geschaffen, durch die Arbeit derer, die der ach so gebildete Feind Volkspolens, Kisielewski, verächtlich als Dunkelmänner bezeichnet hat.

Sowohl bei der Vorbereitung der Versammlung der Warschauer Schriftsteller und ihrem Verlauf, als auch bei der Inspirierung und Organisation der Auftritte der akademischen Jugend — angeblich in Verteidigung der „Dziady“ und des Werks Mickiewicz's — hat Pawel Jasienica eine führende Rolle gespielt. Sein richtiger Name lautet anders. Er heißt Leon Lech Beynar.

Im Juli 1948 wurde Pawel Jasienica in Krakow verhaftet. Im Verlauf der Untersuchung wurde ihm die Zugehörigkeit zur Bande „Lupaszkó“ bewiesen, in die er nach seiner Desertion aus der polnischen Armee eintrat und in der er bis zum August 1945 verblieb, anfangs die Funktion eines Adjutanten, später eines Stellvertreters des Bandenchefs innehatte. Diese Bande wütete auf dem Gebiet der Wojewodschaft Bialystok, überfiel mit der Waffe in der Hand Posten der Bürgermiliz, Stützpunkte der polnischen Armee und die der Sympathien mit der polnischen Arbeiterpartei verdächtige Zivilbevölkerung.

Auf der Warschauer Schriftstellertagung entfaltete Jasienica eine sehr große Aktivität. Sofort zu Beginn stellte er den Antrag, in geheimer Abstimmung über die Resolutionen zu entscheiden. Dieser Antrag wurde angenommen. Jasienica und den anderen Organisatoren dieser Versammlung ging es doch gar nicht um Mickiewicz, über den man, zumal unter Schriftstellern, nicht geheim abzustimmen braucht. Es ging ihnen um die Organisation des Kampfes gegen unsere Partei, gegen die staatlichen Stellen.

Jasienica hat eine reiche Erfahrung in der Konspiration, er weiß, wie der Kampf mit einem Gegner organisiert werden muß, welche Methoden und welche Taktik auf den einzelnen Etappen dieses Kampfes angewandt werden müssen. Er kennt sehr gut die patriotische Begeisterung und zugleich die Leichtgläubigkeit der akademischen Jugend. Also knüpfte er Kontakte mit einzelnen Studenten an, z. B. mit Michnik.

Am 6. März richtete Jasienica einen vom 3. März datierten Brief an den Direktor der Warschauer Universität zur Verteidigung der Studenten, gegen die Disziplinarverfahren wegen ihrer Teilnahme an der Störung der öffentlichen Ordnung eingeleitet worden seien.

Am 3. März versammelte sich in der Wohnung von Jacek Kuron eine Gruppe von etwa einem Dutzend Menschen, deren revisionistische Auftritte und Ansichten bekannt sind. Während dieser Zusammenkunft wurde die Frage der Organisation der Demonstration in der Warschauer Universität am 8. März besprochen. Dieser Tag wurde deshalb gewählt, da er der Feiertag der Frauen ist, was die Organisation der Demon-

stration und die Schaffung von Verwirrung erleichtern sollte. Für diese Kundgebung wurde eine Resolution vorbereitet, die die Zurücknahme der Disziplinarsanktionen gegen Michnik und Szlajfer, die von der Warschauer Universität relegiert worden waren, forderte.

Der Brief, der von Jasienica an den Rektor dieser Universität gesandt wurde, betraf die gleiche Angelegenheit. Die Aktion war genau koordiniert.

Es muß hier hinzugefügt werden, daß über die Relegierung von Michnik und Szlajfer endgültig die Tatsache entschied, daß sie sich am 31. Januar dieses Jahres in den späten Abendstunden auf konspirative Weise mit dem Korrespondenten einer der westlichen Zeitungen trafen und ihm falsche Informationen vermittelten, die nachher in der verleumderischen Propagandakampagne gegen Polen ausgenutzt wurden.

Am 8. März dieses Jahres versammelten sich auf dem Hof der Warschauer Universität etwa 1500 Studenten, ohne dazu die Genehmigung der Universitätsbehörden zu haben. Über den Verlauf dieser Kundgebung berichtete bereits die Presse. Ich möchte nur daran erinnern, daß die aktivsten Elemente der Versammlung einen aggressiven und aufrührerischen Charakter verliehen. Es wurden dort Losungen mit einem feindlichen und demagogischen Charakter propagiert. Die bereits erwähnte Irena Lasota verlas eine Protestresolution gegen die Relegierung von Michnik und Szlajfer von der Warschauer Universität und zur Unterstützung des Beschlusses der Versammlung der Warschauer Abteilung des Polnischen Schriftstellerverbandes. Danach begaben sich die Versammelten zum Sitz des Rektors der Warschauer Universität. Der Prorektor Prof. Rybicki rief die Studenten zum Auseinandergehen, zur Auflösung dieser gesetzwidrigen Kundgebung auf. Die Demonstrierenden hörten nicht auf diesen Aufruf und äußerten weiter ihre feindseligen Losungen und Ausrufe.

In dieser Situation betrat ein Arbeiteraktiv den Universitätshof, das vorher von der Leitung der Warschauer Parteiorganisation, die die Absichten der Organisatoren der Kundgebung kannte und mit Recht befürchtete, daß sie auf Unruhen abzelen, mobilisiert worden war.

Die Arbeiter stießen auf Schmähungen und provokatorische Ausrufe.

Das Arbeiteraktiv konnte die Studenten nicht überzeugen. Die Aufwiegelung der aggressiven Gruppe von Anstiftern führte dazu, daß die Arbeiter angegriffen wurden. In dieser Lage wurde eine Gruppe Hilfspolizisten auf das Gelände der Universität geschickt. Das hat die Anstifter noch mehr zu Krawallen angeregt. Es kam zu Vorfällen, in deren Verlauf sowohl Studenten als auch Hilfspolizisten zu Schaden kamen. Die Situation wurde immer gespannter und gefährlicher. Um sie zu beherrschen, hat sich die Leitung des Kollektivs, das über die öffentliche Ordnung wacht, entschlossen, die Bürgerpolizei einzusetzen, die die Ordnung wieder herstellt.

Den Verlauf der späteren Vorfälle kennen die Genossen aus dem Referat des 1. Sekretärs des Wojewodschaftskomitees Warszawa, Genossen Kępa, und aus der Presse.

Die Inspiratoren und Organisatoren der Straßenkrawalle taten alles, um es zum Blutvergießen kommen zu lassen. Zu diesem Zweck wandten sie schmutzige Methoden der Provokation an. Am

9. März verbreiteten sie mit Hilfe von Flugblättern, Aufschriften, Telefonaten das provokatorische Gerücht, daß es während der Vorfälle auf den Straßen von Warszawa Todesopfer gab.

Ich würde eine halbe Stunde brauchen, um dokumentarische Äußerungen der Art zu zitieren, wie: „Ein Mädchen, das schwanger war, starb heute an den Schlägen. Und der Junge, der sie verteidigte, befindet sich in hoffnungslosem Zustand“...

Ich könnte weiterhin endlos ihre Losungen zitieren, die auf Flugblättern, Plakaten usw. zu finden waren, in der Art, wie: „Schlagt die PVAP; Greifen wir zu den Waffen; Nieder mit dem Kommunismus!; Nieder mit der UdSSR! Nieder mit der Regierung Gomulka!“

Es ist bemerkenswert, daß in diesen illegalen Flugblättern nichts von den „Dziady“ Mickiewicz's gesagt wird. In dieser Etappe der Eskalation ihrer Aktionen brauchten die Inspiratoren und Organisatoren der Straßenkrawalle Mickiewicz's „Dziady“ schon überhaupt nicht mehr.

Wegen der Teilnahme an illegalen Demonstrationen und Straßenkrawallen wurden in der Zeit vom 8. bis 15. März im ganzen Land 1208 Personen festgenommen, darunter 367 Studenten verschiedener Hochschulen. Aus Mangel an Beweisen wurden 687 Personen wieder freigelassen, darunter 194 Studenten. Die Gerichte verurteilten in diesem Zeitraum 50 Personen, darunter 20 Studenten, Schiedskommissionen 157 Personen, darunter 47 Studenten. Die übrigen Fälle wurden teils an Gerichte, teils an Schiedskommissionen weitergeleitet, die bis zum 15. März ihr Urteil noch nicht gefällt hatten. Bis zum 15. März wurden im ganzen Land beim Eingreifen in die Ereignisse und bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung 43 Personen vom Arbeiteraktiv, 31 Mitarbeiter der ORMO und 72 Militzangehörige verletzt.

Das grundlegende Problem, das das Parteikollektiv untersucht und das wir der ganzen Gesellschaft erklären müssen, ist das politische Wesen der dargelegten Ereignisse.

Die Hauptaufgabe unserer Partei ist es gegenwärtig, dem ganzen Volk, allen Arbeitern, Bauern und der polnischen Intelligenz, der ganzen Jugend, derjenigen, die diszipliniert und verantwortungsbewußt lernt und arbeitet, wie auch der, die falschen Propheten Gehör geschenkt hat, zu erklären und bewußt zu machen, worum es in diesem Kampf geht, zu welchen Zwecken und politischen Zielen die Tätigkeit vieler Hochschulen desorganisiert und die friedliche Arbeit und das normale Leben unserer Städte gestört wurden.

Für die Antwort auf diese Frage genügt nicht die Analyse der Losungen, mit denen die Studenten zu Kundgebungen aufgerufen wurden. Wer mit dem politischen Kampf vertraut ist, weiß genau, daß das Problem der letzten Inszenierung der „Dziady“, die Forderung nach sogenannter größerer Freiheit der Kultur und der Wissenschaft und selbst die Proteste gegen die Aktionen der Militz nur ein Rauchvorhang waren, hinter dem die Inspiratoren der letzten Vorfälle an den Hochschulen ihre wahren Ziele zu verbergen trachteten. Sie rechnen damit, daß der Dunst dieser scheinbar unschuldigen Losungen die Jugend verblendet, die wissenschaft-

lichen Kader desorientiert und das Bewußtsein eines Teils der Gesellschaft verwirrt.

Es ist unsere Pflicht, diesen Rauchvorhang aufzulösen, die wahren politischen Ziele der Inspiratoren und Organisatoren der Vorfälle ans Licht zu holen und dem ganzen Volk zu zeigen. In den letzten Tagen haben sie Polen und dem polnischen Volk Schaden zugefügt, den gutzumachen lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Wenn sie Kraft und Möglichkeit hätten, ihre Politik zu verwirklichen, würden sie Polen beerdigen.

Seit dem zweiten Weltkrieg liegen im polnischen politischen Gedanken zwei grundlegende Konzeptionen in Widerstreit, und zwar unsere Konzeption, die sozialistische, die die Hauptrichtung der Politik der Volksrepublik Polen bestimmt und die zweite, die die Interessen und Ansichten der Reaktion ausdrückt.

Die Kräfte, die die zweite Konzeption vertreten, haben hier im Lande begrenzte Möglichkeiten, mit ihrem Programm aufzutreten. Dagegen im Ausland, in der Emigration nutzen sie nicht nur die volle Freiheit dazu, sondern auch die reichliche materielle Unterstützung und Hilfe imperialistischer Spionagezentren. Dort geben sie ... zig Schriften heraus und propagieren breit ihren Standpunkt. Wenn man den Inhalt der Publikationen, die die verschiedenen Ansichten vertreten, die sich bekämpfen und um den Anteil an den fremden Börsen der politischen Sippschaften rivalisieren, analysiert, zeigt es sich, daß alles, was sie dem polnischen Volke anzubieten haben, auf den fanatischen, wahnsinnigen Antisowjetismus, auf die Idee des atomaren antikommunistischen Kreuzzuges zurückgeführt wird.

Natürlich können die Exponenten der reaktionären Kräfte mit einer solchen irrsinnigen Politik nur zum Nutzen der weißen Emigranten auftreten. In unserem Land kann eine solche politische Konzeption bei niemandem ankommen. Ein frontaler, offener Angriff auf den Sozialismus und das polnisch-sowjetische Bündnis würde die reaktionären Kräfte in den Augen selbst des Teils unserer Bevölkerung entlarven, den die Reaktion betrügen und für sich einnehmen möchte. Darüber sind sich auch die Hauptdirigenten des internationalen antikommunistischen Chores aus den amerikanischen Zentren der Spionage und Diver-sion im klaren.

Deshalb finanzieren sie nicht nur den „Weißen Adler“, sondern auch die Pariser „Kultur“, die eine andere Richtung der reaktionären Politik, eine perfidere und dem realen Kräfteverhältnis besser angepaßte, repräsentiert.

Der repräsentativste Vertreter dieser Richtung ist der führende Publizist dieses Blattes Juliusz Mieroszewski.

In seinen Publikationen vermeidet er primitiven Antisowjetismus, ja begründet die Notwendigkeit einer „Revision der traditionellen polnischen Politik gegenüber Rußland“, da er zugibt, daß „diese Politik uns“ – d. h. der Reaktion – „nur Niederlagen und Enttäuschungen gebracht hat“. „Logisch genommen“, schreibt er, „gibt es nur zwei Lösungen, entweder Rußland schlagen, oder mit ihm übereinkommen. Da wir es nicht schlagen können, müssen wir mit ihm übereinkommen.“

Man könnte also meinen, daß Herr Mieroszewski sich für das polnisch-sowje-

tische Bündnis ausspricht. Das scheint aber nur so. Er möchte mit der Sowjetunion „übereinkommen“, aber unter bestimmten Bedingungen. „Sowjetrußland muß man entweder schlagen oder europäisieren“, schreibt Mieroszewski. Unter „Europäisierung“ versteht dieser eingeschworene Europäer natürlich die Beseitigung des Sozialismus. Instrument dieser „Europäisierung“ der Sowjetunion sollen die zuvor mit Hilfe der Revisionisten „europäisierten“ Länder der Volksdemokratien, besonders Polen, sein. „Wenn die Polen, Tschechen und Ungarn dazu die Möglichkeit hätten, würden sie mit der Zeit ein Kompromiß-Gesellschaftsmodell ausarbeiten, das weder Kommunismus noch Kapitalismus wäre.“ Mit anderen Worten, „weder Fisch noch Fleisch, sondern ein Zwitter“.

Weshalb widme ich den politischen Ausflügen Mieroszewskis, des Redakteurs der durch den amerikanischen Geheimdienst finanzierten Pariser „Kultur“, sovjet Platz? Vor allem deshalb, weil zwischen der Linie Mieroszewskis und den Losungen und Konzeptionen der politischen Inspiratoren der letzte-

Ereignisse eine politische und ideologische Verwandtschaft besteht.

Jasienica, Kislewski oder Slonimski wollen ähnlich wie Mieroszewski den Naiven einreden, daß sie das polnische Bündnis mit der Sowjetunion ebenfalls verwirklichen würden, daß ein Polen, in dem der Sozialismus beseitigt und durch irgend etwas in der Mitte Stehendes ersetzt wäre, das Bündnis mit der Sowjetunion weiter aufrechterhalten könnte. Sie wollen auf diese Weise vor unserem Volke die tatsächliche Gefahr verbergen, die ihm durch ihre Politik droht.

Ein Bündnis stützt sich in der Politik immer auf beiderseitige Interessen. Dort, wo die beiderseitigen Interessen enden, dort ist auch das Bündnis zu Ende. Polen könnte ohne das Bündnis mit der UdSSR seine Westgebiete nicht verteidigen oder halten, es könnte dem deutschen Imperialismus nicht die Stirn bieten, es könnte nicht als unabhängiger Staat existieren. Nur ein sozialistisches, durch die Partei der Arbeiterklasse geführtes Polen ist für die UdSSR ein sicherer Bündnispartner, ein Verbündeter, auf den man bauen kann, ein Verbündeter, der die Kraft des sozialistischen Systems im Kampf mit dem Imperialismus stärkt.

Garant des Sozialismus in Polen und des Bündnisses mit der Sowjetunion ist in erster Linie unsere Partei. Jeder, der den Kampf gegen unsere Partei und das sozialistische System beginnt, untergräbt objektiv, ob er sich darüber im klaren ist oder nicht, die Fundamente der nationalen Existenz Polens. Diejenigen, die heute zum Kampf gegen unsere Partei aufrufen, sind nicht allein Feinde Volkspolens. Sie sind Feinde Polens als solchem. Würden sie ihre Ziele erreichen, dann würden sie zu Totengräbern der Unabhängigkeit der Nation. Sie würden Polen ein solches Schicksal bereiten wie die Magnaten im Jahre 1794 und die Bourgeois im Jahre 1939.

Um tief in die gegenwärtige politische Situation in unserem Land einzudringen, genügt nicht, die Inspiratoren und Organisatoren der Zwischenfälle in den Kreisen der Schriftsteller und Studenten ans Tageslicht zu ziehen. Es genügt auch nicht, den betrügerischen Charakter der Losungen zu entlarven, mit denen sie an die studentische Jugend herantraten sowie ihre wahren politi-

schen Ziele zu zeigen. Wir müssen auch auf die Frage antworten: Warum ist das Korn der Demagogen auf einen dankbaren Boden gefallen und hat Früchte gebracht? Warum haben die Argumente und Losungen derjenigen, die Verwirrung gesät haben, den Verstand eines Teiles der Jugend getroffen und sie zu unverantwortlichem Verhalten und zu Ungehorsam gegenüber den akademischen Behörden veranlaßt?

Es wäre natürlich ein Fehler, wenn wir übersehen würden, daß nur ein Teil der studentischen Jugend der demagogischen Agitation auf den Leim ging und sich zur Teilnahme an den Massenversammlungen, die von der Hochschulleitung verboten waren, überreden ließ. Das genügte jedoch für die Desorganisation der normalen Arbeit der Hochschulen.

Wir sind der Meinung, daß es Aufgabe des ZK ist, in allernächster Zeit eine eingehende Analyse der Mängel in unserer politischen und erzieherischen Arbeit unter der Jugend insgesamt und unter der Schuljugend und der studentischen Jugend insbesondere durchzuführen und die Ursachen aufzudecken, warum ein bedeutender Teil der Jugend zu anarchistischen Reaktionen neigt und für jedes noch so unglaubwürdige politische Geschwätz aufnahmefähig ist. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir vor allem der Haltung und der Tätigkeit der wissenschaftlich-didaktischen Kader in den Schulen schenken. Denn auf den Schultern der akademischen Lehrer ruht die Hauptverantwortung nicht nur für die Ausbildung, sondern auch für die Erziehung der Jugend, für die Herausbildung ihres Verhaltens als Bürger und für die Erziehung zur gesellschaftlichen Disziplin.

Die staatlichen Organe, die Arbeiterklasse, die ganze Gesellschaft haben ein Recht darauf, heute die wissenschaftlichen Kader der Hochschulen zu fragen, wie sie dieser Verantwortung nachgekommen sind? Wir wissen, daß eine gewisse, im Grunde genommen kleine, doch an einigen humanistischen Fakultäten der Universität Warschau konzentrierte Gruppe von Wissenschaftlern die besondere Verantwortung für die letzten Ereignisse trägt. Solche Wissenschaftler wie die Professoren Brus, Baczo, Morawski, Kołakowski, Bauman, die schon seit Jahren die Politik unserer Partei von revisionistischen Positionen aus bekämpfen, haben bewußt und mit Vorbedacht feindliche politische Ansichten in die Köpfe der ihnen anvertrauten Jugend sicken lassen, sie waren die geistigen Initiatoren der Unruhe stiftenden Unternehmungen.

Es ist für uns klar, daß diese Gruppe von Politikastern mit wissenschaftlichen Titeln einen Versuch unternahm, sich das Recht zu legaler antisozialistischer Tätigkeit in unserem Land zu erkämpfen und ihre Gruppeninteressen über das Wohl der polnischen Wissenschaft und der studentischen Jugend stellt. Sie stellen im Grunde genommen unter den Wissenschaftlern und Erziehern an den Hochschulen eine kleine Gruppe dar, und wir sind weit davon entfernt, alle akademischen Lehrer in Polen mit ihrem Maß zu messen.

Im Verlaufe der sich schnell entwickelnden Ereignisse, die von einer konspirativen Gruppe recht präzise vorbereitet und organisiert wurden, erlag jedoch ein großer Teil dieser Wissenschaftler und Erzieher, die nicht den geringsten Anlaß hatten, sich mit den politischen Losungen der Inspiratoren zu solidarisieren, der Desorientierung

und trat nicht entsprechend aktiv auf. Diese Desorientierung und Passivität eines bedeutenden Teils des wissenschaftlichen und Lehrkörpers hat nicht wenig Schaden verursacht und war der wesentliche Grund für die Desorganisation der Arbeit der Hochschulen.

Hätte der ganze wissenschaftliche und Lehrkörper vom ersten Moment an eine entschiedene Haltung gegenüber den Unruhestiftern eingenommen, dann wäre es überhaupt nicht zu einer Desorganisation der Arbeit der Hochschulen gekommen, bzw. die gestörte Ordnung hätte schnell wiederhergestellt werden können.

Wir schätzen die schöpferische Arbeit der Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Wirtschaftler, Lehrer, Schriftsteller und Künstler, der Fachleute auf den verschiedensten Gebieten und ihren Beitrag zur Entwicklung Volkspolens. Wir messen der gesellschaftlichen Rolle der Intelligenz in unserem Lande große Bedeutung bei. Wir sehen in ihr eine Kraft, deren schöpferische Arbeit über den technischen Fortschritt, über das Qualifizierungsniveau der Masse der Werktätigen, über die Entwicklung der Kultur der Nation entscheidet. Ihre Haltung hat großen Einfluß auf den Geist des Volkes, auf sein Bewußtsein und seine Ansichten. Die heutige polnische Intelligenz hat eine bessere, vollständige und modernere Ausbildung als jede ihrer Vorgängergenerationen erhalten. Die politische Haltung der Intelligenz, ihr Verhältnis zum Sozialismus haben tiefe Veränderungen erfahren.

Deshalb verbirgt uns die durch Negation gekennzeichnete Haltung einer zahlenmäßig geringen Gruppe von akademischen Lehrern, von Schriftstellern und Künstlern nicht die Wahrheit über die Haltung der gesamten polnischen Intelligenz und wird diese Intelligenz mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht entzweien können.

Diese Leute verkünden, daß sie den Kampf gegen die Politik unserer Partei im Namen der angeblich bedrohten Freiheit der Wissenschaft und Kultur aufgenommen haben. Auf diese Weise appellieren sie an die Solidarität der Intelligenz, für die durch ihre Bildung und Denkweise die natürliche Sorge für freie Bedingungen der Entwicklung des wissenschaftlichen Gedankens und der Kultur kennzeichnend ist. Eine ehrliche Analyse des tatsächlichen Standes und der Situation der polnischen Wissenschaft zeigt die Lügenhaftigkeit der Beschuldigung über fehlende wissenschaftliche Freiheit.

Wenn heute irgendeine Gefährdung der Freiheit der Forschung und wissenschaftlichen Diskussionen besteht, dann wurde sie nicht durch die Politik unserer Partei, sondern durch die Aktion der Gruppe von Politikastern mit wissenschaftlichen Titeln geschaffen, die diese Freiheit zur Verbreitung feindlicher, revisionistischer Ansichten, zur Schaffung von Verwirrung in den Köpfen der Jugend mißbraucht haben.

Unsere Partei ist sich darüber im klaren, daß die wirklich schwierigen und eine Lösung verlangenden Probleme der wissenschaftlichen Schöpferkraft in Polen auf einer anderen Ebene liegen. Das sind vor allem die Probleme, der Entwicklung der technischen und mathematisch - naturwissenschaftlichen Richtungen solche Bedingungen zu schaffen, die den von der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution diktierten Erfordernissen entsprechen.

Mit diesen Problemen beschäftigen sich Parteiführung und Regierung seit vielen Monaten. Wir wollen sie vor unserem nächsten Parteitag eingehend mit Vertretern der Wissenschaft diskutieren und alles, was unerlässlich ist und in den Grenzen der Möglichkeiten unseres Landes liegt, tun, um die Bedingungen für die weitere schöpferische Entwicklung der polnischen Wissenschaft zu schaffen.

An den Ereignissen, die hier stattfanden, nahm ein Teil der akademischen Jugend jüdischer Abstammung oder Nationalität aktiv teil. Die Eltern von vielen dieser Studenten nehmen mehr oder weniger verantwortliche und sogar hohe Stellen in unserem Staat ein. Vor allem dieser Umstand bewirkte, daß auf der Welle dieser Ereignisse die oft falsch verstandene Losung des Kampfes mit dem Zionismus auftauchte.

Gibt es in Polen jüdische Nationalisten, die sich zur zionistischen Ideologie bekennen? Sicherlich. Es wäre jedoch ein Mißverständnis, wollte jemand im Zionismus eine Gefahr für den Sozialismus in Polen sehen, für die gesellschaftlich-politische Ordnung.

Es gibt die zahlenmäßig stärkste Gruppe unserer Bürger jüdischer Herkunft, die mit allen Wurzeln in das Land hineingewachsen sind, in dem sie geboren wurden, und für die Polen das einzige Vaterland ist. Viele von ihnen nehmen verantwortungsvolle Ämter in Staat und Partei ein und arbeiten in leitenden Stellungen auf verschiedenen Gebieten unseres Lebens. Viele von ihnen haben sich durch ihre Arbeit und ihren Kampf ehrlich um Volkspolen, um die Sache des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande verdient gemacht. Die Partei schätzt sie dafür hoch.

Jedoch unabhängig davon, welche Gefühle die Bürger unseres Landes jüdischer Herkunft leiten, widersetzt sich unsere Partei mit aller Entschiedenheit jeglichen Erscheinungen, die Merkmale des Antisemitismus tragen. Wir bekämpfen den Zionismus als politisches Programm, als jüdischen Nationalismus, und das ist richtig. Das hat nichts mit Antisemitismus gemein. Von Antisemitismus kann nur dann die Rede sein, wenn jemand gegen die Juden auftritt, nur weil sie Juden sind. Zionismus und Antisemitismus - das sind zwei Seiten der gleichen nationalistischen Medaille.

Der einzige Maßstab für die Einschätzung eines Bürgers unseres Staates ist seine Haltung zum Sozialismus und zu den Lebensinteressen unseres Staates und Volkes. Jeder Bürger bezeichnet seine Nationalität nach dem eigenen Bewußtsein. Er genießt dabei die gleichen Rechte unabhängig davon, ob er sich als Pole, Weißrusse oder Jude bezeichnet. Aber auch gleichermaßen verpflichtet ihn der Grundsatz der Loyalität gegenüber dem Land, gegenüber seinem Vaterland Volkspolen.

Wir zweifeln nicht daran, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten auf dem Boden des Sozialismus steht, unsere Bündnispolitik sowie die Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen dem polnischen Volke und dem sowjetischen Volke unterstützt. Nicht gegen die Studenten, sondern gegen die reaktionären Unruhestifter faßten die Arbeiter und Angestellte verschiedener Betriebe die Resolutionen.

Es wäre grober Unsinn, würde jemand behaupten, daß unsere Partei versucht oder die Absicht hegt, die Arbeiter gegen die Studenten oder die Studenten gegen die Arbeiter in gegenseitigen Widerspruch zu bringen. Die heutigen Studenten werden morgen jene sein, die Schul-

